

# Kompromiss macht Hoffnung

## Natursteinwerke Nordschwarzwald stellen Vorschlag zu reduzierter Steinbrucherweiterung vor

VON THOMAS SADLER

**MÜHLACKER-ENZBERG.** Der Steinbruch an der Brettener Straße in Enzberg soll lediglich um fünf Hektar in östlicher Richtung erweitert werden und nicht, wie zunächst vorgesehen, um 15 Hektar. Dies ist der Kernpunkt eines Kompromissvorschlages, den Hans Ulmer, Geschäftsführer der Natursteinwerke im Nordschwarzwald (NSN), zusammen mit einem Planungsbüro und seinen Rechtsanwälten am Dienstagabend im Mühlacker Rathaus Bürgermeister Winfried Abicht, Stadtplaner Armin Dauner sowie Vertretern des Regionalverbands, des Gemeinderats und der Bürgerinitiative (BI) gegen eine Steinbrucherweiterung vorgestellt hat.

Die Kompromissfläche beschränkt sich auf circa ein Drittel des Abgrenzungsvorschlags des Regionalverbands für die Fortschreibung der Rohstoffsicherung. Berücksichtigt man die regionalplanerischen Abstandsvorgaben – 300 Meter zu Siedlungen – betrage der Flächenverzicht der NSN jedoch nicht nur zehn Hektar, sondern im Hinblick auf alle langfristigen Erweiterungsoptionen circa 30 Hektar, teilt Ulmer unserer Zeitung mit. Wichtig für die Mitglieder der BI: „Den Verzicht auf die anderen Erweiterungsoptionen des bestehenden Steinbruches in südliche oder östliche Richtung würde die NSN vertraglich zusichern.“ Mit der Erweiterung der Abbaufäche um rund fünf Hektar – plus etwa 0,5 Hektar Betriebsfläche für die Einzäunung und die Randwälle – könnte der Rohstoffbedarf des Werkes Enzberg laut Ulmer für circa sieben bis zehn Jahre gesichert werden. Das genehmigte Restabbauvolumen reiche noch für ungefähr zehn Jahre aus.

Falls die angestrebte letzte Ausweitung des Steinbruches um fünf Hektar Abbaufäche in die Tat umgesetzt werden kann – dem Kompromissvorschlag müssen erst noch die Gesellschafter der Naturstein-



NSN-Chef Hans Ulmer im Steinbruch an der Brettener Straße in Enzberg. Archivfoto: Sadler

werke grünes Licht geben – wollen die Natursteinwerke nach Möglichkeiten suchen, die Ortsdurchfahrten von Kieselbronn und Ölbronn „zu meiden“. In diesem Zusammenhang werde der Ausbau einer Querspange südlich von Dürrn erwogen. Der dortige Wirtschaftsweg müsste als Lkw-taugliche Fahrtrasse ertüchtigt und mit Ausweichbuchten für den Begegnungsverkehr ausgestattet werden. Die NSN wären gegebenenfalls bereit, sich an den anfallenden Baukosten zu beteiligen.

Voraussetzung dafür, dass die NSN es bei einer reduzierten Abbauerweiterung von fünf Hektar belässt, ist laut Hans Ulmer, dass es rasch zu einer Regelung mit der Stadt Mühlacker und dem Regionalverband Nordschwarzwald kommt. Unabhängig davon werden die NSN den alternativen Standort „Hitzberg“ auf der anderen

Seite der dem Steinbruch gegenüberliegenden Seite der Landesstraße 1173 weiter geologisch und wirtschaftlich untersuchen, was mehrere Jahre in Anspruch nehme. Falls sich der „Hitzberg“ als geeignet erweise, würden die Natursteinwerke einen Gesteinsabbau in diesem Gebiet zusätzlich zu der geschrumpften Ausdehnung des bestehenden Steinbruches um fünf Hektar beantragen.

Entscheidend für die von den Arbeiten im Steinbruch betroffenen Anwohner: Auch dann, wenn ein Rohstoffabbau am „Hitzberg“ oder an einem anderen Alternativstandort nicht machbar wäre, würde auf einen weiteren Abbau im Umfeld des bestehenden Steinbruches verzichtet.

Heinz Mühleisen, Pressesprecher der Bürgerinitiative und Teilnehmer des Gesprächs am Dienstagabend, hält den vorliegenden Kompromissvorschlag für einen „deutlichen Schritt in die richtige Richtung“. Der offerierte Plan sei durchaus „diskussionsfähig“ und werde nun innerhalb der Initiative besprochen.

Gleich in mehrfacher Hinsicht kommunalpolitisch am Streitfall Steinbrucherweiterung beteiligt ist Günter Bächle, Stadtrat, Kreisrat und Vorsitzender der CDU-Fraktion der Regionalverbandsversammlung. Noch sei eine Realisierung des Kompromissvorschlags nicht in trockenen Tüchern, weil verschiedene rechtliche Fragen zu klären seien, um zu verhindern, dass früher oder später nicht doch noch eine große Erweiterung des Steinbruches drohe. Kritik übt Bächle indes an der Stadtverwaltung. Als Träger der kommunalen Planungshoheit sei bei einem Genehmigungsverfahren das Einvernehmen der Stadt notwendig. „Das hat die Verwaltung aber gegenüber dem Gemeinderat nicht so dargestellt“, beanstandet er. Vielmehr habe sie ihre Möglichkeiten, Einfluss auf die Pläne der NSN nehmen zu können, bisher offenbar eher heruntergespielt.